

29.03.2017 – PM 27/2017

Managergehälter

IG BAU teilt Kritik des IG BCE-Chefs an Vorschlag zu Verdienstentscheidung in Hauptversammlungen

Frankfurt am Main - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) unterstützt das Ziel der Bundesregierung, Exzesse bei Managergehältern zu unterbinden, hält den vorgeschlagenen Weg über die Hauptversammlung jedoch für verfehlt. Gleiches hatte bereits der IG BCE-Chef Michael Vassiliadis kritisiert. „Manche Konzerne zahlen Top-Managern mehr als das Hundertfache als einem Arbeiter. Das ist weder gerecht noch nachvollziehbar“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers. „Die Idee aber, dass Hauptversammlungen solche Übertreibungen verhindern könnten ist ein stumpfes Schwert. In der Praxis entscheiden dort allein die Großaktionäre nach ihren Interessen. Zielführend wäre es, die Vergütungsfrage weiterhin im Aufsichtsrat zu belassen, die Abstimmung jedoch zu regeln, dass die dort vertretenen Arbeitnehmer wirklich die Chance haben, Gehalts-Exzesse zu verhindern.“

Die IG BAU schlägt konkret vor, dass das doppelte Stimmrecht der Aufsichtsratsvorsitzenden bei Abstimmungen über Vergütungsfragen entfällt und zudem die Festsetzung der Managergehälter mit Drei-Viertel-Mehrheit erfolgt.

„Wenn die Arbeitnehmerseite bei der Gehälterfrage nicht per Doppelstimme des Aufsichtsratschefs einfach übergangen werden kann, zwingt dies die Mitglieder des Gremiums die Frage inhaltlich tiefer zu diskutieren, als es derzeit die Regel ist“, sagte Schäfers. „Die Überlegungen hierzu und die Vergütungshöhen sollten darüber hinaus den Aktionären gegenüber transparent gemacht werden. Auf Hauptversammlungen sollte das Thema Vergütung deshalb immer auf der Tagesordnung stehen müssen.“

(1587 Zeichen)